

Gemeinwesenarbeit in Hessen

Erfahrungen und Qualitätsmerkmale

Christoph Kummer/LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Was ist die LAG?

Zusammenschluss von Bewohner_inneninitiativen und Gemeinwesenarbeitsprojekten in Sozialen Brennpunkten in Hessen seit 1974

Welches Ziel verfolgt sie?

Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen für die Menschen in Sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen

Wie will sie dieses Ziel erreichen?

Wissenstransfer, Fachberatung, Netzwerkbildung, Lobby, Bildungs- und Zielgruppenarbeit, Konzeptentwicklung

Fachverband und Netzwerk Gemeinwesenarbeit

Welche Erfolge hat sie dadurch bisher erzielt?

- Auflösung fast aller Obdachlosensiedlungen in Hessen
- Stadtteilentwicklung in Hessen mit GWA-Einfluss
- Förderprogramme für GWA + Soziale Projekte

Unschärfe der Gemeinwesenarbeit

„**Die** GWA gab es so gar nicht.“ (Wolfgang Hinte)

Variationen:

integrativ-fürsorgerisch, technokratisch, konfliktorientiert, emanzipatorisch, basisdemokratisch, 3. Methode der Sozialarbeit (neben Einzelfallararbeit und Gruppenarbeit), Arbeitsprinzip GWA, Handlungsfeld, Konzept

Verwandte Begrifflichkeiten:

Stadtteilarbeit, Community Organizing, Stadtteilbezogene Soziale Arbeit, Stadtteilpräventionsarbeit, Fachkonzept Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement, Stadtteilmanagement

„Ist dort, wo GWA drauf steht, auch GWA drin?“

Ziel/Definition Gemeinwesenarbeit

„Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge von Menschen. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen. GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet“ (Stövesand/Stoik 2013: 21).

Gemeinwesenarbeit in Hessen von 1965 - 1995

Ausgangslage in den 1960/1970er Jahren

Die Lebens- und Wohnverhältnisse in den hessischen Obdachlosenquartieren sind menschenunwürdig, entwicklungshemmend, stigmatisierend und gesundheitsgefährdend. Erste Initiativen in den Siedlungen entstehen.

1973 „Brennpunkt-Erlass“: „Hilfen für Obdachlose, Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Hessen“. Das Sozialministerium bietet bis 2003 einen Handlungs- und Finanzierungsrahmen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten.

1974 Gründung des Landesnetzwerkes der LAG: Von 1977 bis 2003 Förderung der Geschäftsstelle, ab Mitte der 1980er auch die Referate Wohnraumversorgung, Soziale Sicherung, Lokale Beschäftigung und das Jugendbildungswerk

1984 Sanierungsprogramm des Landes: Das Programm „Sanierung von Unterkünften, Einfachst- und Schlichtwohnungen zur Unterbringung von Obdachlosen“ fördert bis 1998 die Umwandlung in normale Wohngebiete.

Gemeinwesenarbeit in Hessen von 1965 -1995

Ergebnis/Erfolge der GWA

Auflösung fast aller Obdachlosenunterkünfte, Normalisierung der Gebiete, Verringerung der Sonderschulquoten, weniger Heimunterbringungen, Rückgang Jugendkriminalität

Erkenntnis:

Unterstützung der Kinder allein reicht nicht aus. Es braucht Maßnahmenbündel:

- offene Jugendarbeit, Sozialberatung, Zielgruppen- und Bildungsarbeit
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote
- normalen Wohnungsstandard
- Aufbau von Netzwerkstrukturen und Gremien
- Gesamtentwicklung der Quartiere im Blick: Verhältnisse ändern nicht das Verhalten der Menschen

Verbleibender Handlungsbedarf

Weitere Stabilisierung und Öffnung der Quartiere zu umliegenden Stadtteilen

Gemeinwesenarbeit in Hessen von 1990 - 2015

Ausgangslage ab Anfang/Mitte der 1990er Jahre

Neue Armut betrifft breitere Schichten, Wohnungsnot und Zuwanderung → soziale/ethnische Segregation

Drohende Abwärtsspirale zahlreicher Stadtteile/Quartiere aufgrund hoher Arbeitslosigkeit/Armut und städtebaulicher Missstände (u.a. mangelhafte soziale Infrastruktur)

1999 Soziale Stadt: Städtebauförderprogramm mit Zielsetzung des integrierten Vorgehens mit baulichen und sozialen Maßnahmen

Einfluss der GWA auf die Ausgestaltung: GWA als Teil des QM; wichtiger Baustein: Bewohner_innenbeteiligung, Stärkung der Nachbarschaftszentren, Vernetzung und Kooperation, ganzheitlicher (integrierter) Ansatz

2000 LAG in Servicestelle HEGISS

Beratung des Landes, der Kommunen, der Stadtteilakteur_innen zur Umsetzung von Gemeinwesenarbeit und Bewohner_innenaktivierung in der sozialen Stadtteilentwicklung, Begleitung des Förderprogramms „HEGISS-Innovationen“

Gemeinwesenarbeit in Hessen von 1990 - 2015

Ergebnis/Erfolge

Städtebauliche Stabilisierung und Aufwertung, Aufbau von Nachbarschaftszentren, Verbesserung des Quartiersimages, Aktivierung von ehrenamtlichem Engagement, verbessertes Zusammenwirken der Akteur_innen, Ansprache besonders benachteiligter Gruppen

Politisches Bewusstsein → Bündnis für eine Soziale Stadt in Hessen

Erkenntnis:

→ Integriertes Vorgehen/Zusammenwirken baulich/sozial erfolgreich

→ Quartiersmanagement/GWA wichtige Struktur

→ Gesellschaftliche Daueraufgabe: Funktion für Integration in der Gesamtstadt

Weiterer Handlungsbedarf und Herausforderungen

„Alte“ Probleme: Arbeitslosigkeit, Bildungsungerechtigkeit, Demografischer Wandel

Neue Zuwanderung in die Stadtteile (Geflüchtete, Südosteuropa)

Gentrifizierung: Vertreibung der Menschen aus ihrem angestammten Umfeld

Neue Wohnungsnot

Neue existentielle Notlagen, z.T. neue Not- und Elendsunterkünfte

Ziel: Förderprogramm GWA

„Ziel der Förderung ist es, Kommunen bei der positiven Entwicklung ihrer Quartiere und Gebiete, in denen sich soziale Problemlagen häufen, mit passgenauen, innovativen, sozialintegrativen Maßnahmen zu unterstützen und zu stärken.

Durch Maßnahmen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit sowie durch sozial-integrative Projekte sollen gesellschaftliche Teilhabe gestärkt, Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und Vernetzung gefördert und Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Integration, Bildung und Beschäftigung verbessert werden.“ (GWA Richtlinie)

Stadtteil- und Quartiertypen mit Handlungsbedarf

- Obdachlosensiedlungen bzw. Schlicht- und Einfachstwohngebiete
- Sanierete und entwickelte Gebiete an Standorten ehemaliger Unterbringung von Obdachlosen
- Große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit mit wenig individueller Architektur, fehlender oder unzureichender sozialer Infrastruktur
- Hochverdichtete Hochhausbebauung, Ende der 1960er Jahre und Anfang der 1970er Jahre
- innerstädtische, innenstadtnahe (oft gründerzeitliche) Stadtteile
- Altstädte, Kernstädte, Ortskerne im eher ländlich geprägten Raum
- Kommunen und/oder Stadtteile mit besonderen Herausforderungen bei der Integration

Konzentration von Problemlagen in benachteiligten Quartieren

- Schlechte Qualität der Wohnungen und des Wohnumfeldes
- Ungenügend ausgestattetes sozial-kulturelles Infrastrukturangebot
- Schwierigkeiten im nachbarschaftliches Zusammenleben (Anonymität, Konflikte, Vandalismus)
- Geringe demokratische, politische und gesellschaftliche Teilhabe
- Einkommensarmut (Transferleistungen, prekäre Beschäftigung)
- Arbeitslosigkeit: erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Mangelnde Bildungschancen: Erschwerter Zugang zu Bildung
- Unzureichende Gesundheitsversorgung und -prävention
- Negatives Gebietsimage
- u.v.m.

Führt in den Stadtteilen/Quartieren zu:

- Kumulierung der Armutsfaktoren wie dem Mangel an sozialer Absicherung, Gesundheit, Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe, Mobilität, Kultur etc.
- Verfestigung von Perspektivlosigkeit aufgrund von Armut
- Tradierung von Armut über Generationen
- Stadtteile werden von der Erfahrung und der Dynamik des Erwerbslebens abgekoppelt
- Chancen auf dem Arbeitsmarkt können nicht mehr ergriffen werden, selbst wenn diese objektiv wieder gegeben sein sollten
- Stadtteile so arm wie ihre Bewohner_innen: mangelnde Infrastruktur und Angebote, Treffmöglichkeiten, kostengünstige Einkaufsmöglichkeiten
- Gefühl der Ausgrenzung, des Abgehängt-Seins

Standards der Gemeinwesenarbeit

- territorialer Bezug und Verortung (Stadtteil, Quartier, Nachbarschaft)
- Berücksichtigung der Interessen und persönlichen Hintergründe der Bevölkerung (Bewohner_innen als Expert_innen)
- Ressourcenansatz: Ansetzen bei den Stärken
- Ressourcenerweiterung: Hilfe zur Selbsthilfe, Stärkung der Eigeninitiative (u.a. Politische Bildung, Organisation von Teilhabe, Initiativen/Vereine)
- Zielgruppenübergreifende Ansätze: Ermittlung gemeinsamer Interessen, Dialog und Kommunikation zwischen Gruppen
- Bereichsübergreifender Ansatz: Wirkungszusammenhänge aufzeigen
- Kooperation und Vernetzung der Stadtteilakteur_innen
- Arbeiten an strukturellen Veränderungen, politische Einflussnahme

Handlungsmaxime der GWA

- Politischer Ansatz: Lebensweltgestaltung für mehr Gerechtigkeit; Veränderung der Verhältnisse nicht der Menschen
- Präsenz vor Ort
- Kenntnisse über Lebenswelt
- Aktivierung statt Betreuung
- Organisation individueller und kollektiver Betroffenheit
- Besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (Ungleichem mit Ungleichem begegnen)
- Kommunikation zwischen den Lebenswelten
- Verhinderung von Alibi-Politik, keine „Pflasterkleberei“
- Pragmatisches Vorgehen zwischen Skandalisierung und Dialog

Rahmenbedingungen für Soziale Stadtteilentwicklung + GWA

- Aktivierung und Beteiligung der Stadtteilbewohner_innen als Expert_innen
- Zielgerichtetes, planvolles, abgestimmtes Handeln
- Maßnahmenbündelung statt isoliert stehender Einzelmaßnahmen
- Mobilisierung aller Ressourcen für den Stadtteil
- Ressort- und politikfelderübergreifende Koordination und Kooperation
- Zusammenwirken verschiedenster Politikfelder: Städtebau- und Wohnungsbauförderung, Soziales, Arbeits- und Ausbildungsförderung, Frauen, Familien- und Jugendhilfe, Bildung, Integration, Gesundheit, Wirtschaft, Umwelt, Kultur, Verkehr, Sicherheit

Rahmenbedingungen für Soziale Stadtteilentwicklung + GWA II

- Politischer Wille: Abgestimmtes, politisch beschlossenes Integriertes Handlungskonzept
- Dezernats- und ämterübergreifende Koordination in Form einer “Lenkungsgruppe” mit “Stadtteilbeauftragten”
- Stadtteilbüro/Quartierszentrum
- Schaffung von Träger- und Akteur_innennetzwerken (z.B. Stadtteilkonferenz)
- Dialog Politik/Bürger_innen: Schaffung verbindlicher Beteiligungsgremien
- (Selbst-)Organisation der Bürger_innen, Entwicklung geeigneter Beteiligungsformen (insbesondere für Migrant_innen, artikulationsungeübtere, gremienunerfahrene Stadtteilbewohner_innen)

Arbeitshilfe „Qualitätsstandards GWA“

- Arbeitspapier von LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen und LAG Soziale Brennpunkte Hessen
- Intention:
 - Herausarbeiten der Kernqualitäten, fachliche Engführung
 - Grundlage für permanente Weiterentwicklung
 - Arbeitshilfe für die Umsetzung
 - Checkliste zur Reflexion der eigenen Arbeit
 - Dokumentations- und Evaluationshilfe
- [LINK zum Download](#)

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Geschäftsstelle
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069/25 78 28 - 0
Fax: 069/25 78 28 - 55
E-Mail: mail@lagsbh.de
Internet: www.lagsbh.de